

Gedanken zur Zukunft nach dem Virus

von Andreas Schwerdtfeger

Die Pandemie ist in vollem Gange und das wird auch absehbar noch länger so bleiben. Gleichzeitig beginnt in einer ungeduldigen Welt die Diskussion über das Wann, ein bißchen auch über das Wie des Ausstiegs aus dem augenblicklichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und in vieler Hinsicht – zB bezogen auf Europa – auch politischen Stillstand. Die Politik ist halt derzeit noch mehr mit der Bewältigung der Krise als mit deren Überwindung beschäftigt – verständlich. Und dennoch wäre es nützlich, Strategien für eine Zukunft zu entwickeln, die ein Szenarium wie das augenblickliche mit einbeziehen. Wichtig dabei ist, daß entgegen dem starken Trend der Medien und der Öffentlichkeit der Unterschied zwischen „Entwicklung von künftigen Zielen und Strategien“ einerseits und „augenblickliche Beibehaltung der Eingrenzungsmaßnahmen noch für längere Zeit“ erkannt und vermittelt wird.

*- **Gesundheitswesen:** Es hat sich eigentlich bereits jetzt gezeigt, daß unsere Organisation von Gesundheitsvor- und -fürsorge, jedenfalls im Vergleich zu den meisten Ländern um uns herum, recht gut, robust und widerstandsfähig ist. Die Kombination aus einem inzwischen halb staatlich finanzierten allgemeinen Versicherungsmodell und privaten Krankenversicherungen hat sich bewährt, u.a. deswegen weil sie den Arztpraxen und Krankenhäusern genug Liquidität gibt, um auf modernen Stand bezüglich Technik, Ausbildung, Kapazitäten arbeiten zu können. Daß die Krise dennoch Zuschüsse verlangt, liegt, jedenfalls augenblicklich, an der richtigen staatlichen Forderung nach Vorhaltung (oder eben Freihaltung) von Kapazitäten. Daß wir zusätzlich das Problem der medizinischen Logistik völlig neu denken müssen (Vorratshaltung von Schutzbekleidung, Herstellung von Medikamenten, etc) hat sich gezeigt.*

*- **Logistik:** Es hat trotz anfänglicher Hamsterkäufe keine wirklichen Engpässe gegeben. Das System hat sich bewährt. Gleichzeitig aber sollte man jetzt verstärkt darüber nachdenken, ob es wirklich richtig und notwendig ist, massenhaft Güter nach dem Motto „just in time“ teuer, schmutzig und verstopfend auf den Autobahnen zu transportieren, anstatt sie der Bahn – die natürlich ausgebaut werden muß, um die notwendigen Kapazitäten bereitzustellen – anzuvertrauen. Es sollte eventuell künftig bei der Maut, bei der Lkw-Steuer, bei der Mehrwertsteuer mehr nach dem Kriterium „Ladung“, vielleicht auch nach der Distanz unterschieden werden.*

*- **Umwelt:** Das Jahr 2020 wird vermutlich einen Positivrekord an niedriger Luftverschmutzung erzielen. Es kommt darauf an, möglichst viel davon systemisch in die Zukunft zu retten. Das geht nur, wenn man gleichzeitig die Industrie und Wirtschaft, das Dienstleistungsgewerbe und den Tourismus, das Handwerk, Kunst und Kultur, etc. - wenn man alle diese Gebiete, auf die eine moderne Gesellschaft in einer globalisierten Welt wohl kaum verzichten wird und kann, dazu anhält, die augenblickliche Zeit des Stillstandes daraufhin zu untersuchen, welche Faktoren tragbar sind und welche nicht, und die gewonnenen Erkenntnisse dann umzusetzen. Die bisherige Politik des Regulierens, des phantasielosen Verteuerns und der Verbote jedenfalls wird deutlich weniger zielführend sein. Aber mehr Digitalisierung anstelle persönlichen Konferenztourismus' könnte zB nützlich sein (auch, übrigens, für Klimakonferenzen mit 30.000 Teilnehmern). Auch die „Demonstrationskultur“ - wenn man das so nennen darf – könnte neu überdacht werden, ohne an Wirkung zu verlieren.*

*- **Finanzpolitik:** Die Schwarze Null im Bundeshaushalt hat uns sehr geholfen und gibt jetzt die Möglichkeit zur höherer Verschuldung zur Krisenbewältigung. Die staatlichen Haushalte müssen möglichst schnell – können aber sicherlich erst in Jahren – wieder zu alter Solidität zurückkehren. Im Hinblick auf Europa wäre Lastenteilung in finanzieller Hinsicht ein gutes und richtiges Zeichen – und deshalb fordern ja auch die Südstaaten der EU jetzt eine Euro-Anleihe. Ich bin sehr für*

Solidarität. Aber auch Solidarität kann nur sinnvoll sein, wenn man die Kontrolle behält und von einigermaßen gleichen Standards ausgeht. Die finanzpolitischen Standards insbesondere Italiens sind aber derart anders als unsere, daß eine gemeinsame Verschuldung ein nicht tragbares Risiko für uns bedeutet. Solidarität in finanzpolitischer Hinsicht kann also nur nach dem Motto der Bundes-Fußball-Liga erfolgen: Die Reichen spenden eine bestimmte Summe zur Unterstützung der Armen – aber sie gewähren diesen keinen Zugriff auf ihre Finanzen. Es muß das Motto gelten: Helfen ja, bürgen nein!

- Arbeits- und Sozialpolitik: *Die Forderung nach mehr und besser bezahlten Jobs in bestimmten Bereichen, zB Pflege oder Logistik, ist mehr als berechtigt. Es muß daher ein Konzept gefunden werden, wie man dieses Ziel erreicht. Grundsätzlich scheint es dafür zwei Wege zu geben: Höhere Steuern oder höhere private Vorsorge bzw. Beiträge in die entsprechenden Versicherungen oder Kassen. Beide Wege belasten die Wirtschaft ebenso wie den Einzelnen und verstärken andere Probleme, wie zB die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Hinzu kommt das demographische Problem immer höherer Rentenkosten bei abnehmenden Zahlen von Menschen, die diese im Generationenvertrag erarbeiten. Die Lösung für dieses Problem liegt offensichtlich nicht in „Reichensteuern“ aller Art – die man bestenfalls zur geringfügigen Minderung der Dimension einsetzen kann –, sondern muß durch Wege der Privatisierung unter der Maxime der sozialen Marktwirtschaft gefunden werden. Ein neuer „Katalog“ von Verantwortung erscheint hierfür ein Mittel: Es ist eben nicht ausschließlich so, daß der Manager einer Großbank mehr Verantwortung trägt als eine Krankenschwester! Aber eine neue Verantwortungsdefinition erfordert auch eine neue Pflichtdefinition: Die Stechuhr taugt dann nicht mehr. Und es ist nicht so, daß der Staat alles besser kann als die Privatwirtschaft und deshalb alle „Dienste“ in staatlichem und also steuerlichem Management sein sollten. Der Staat muß in vieler Hinsicht zurücktreten; die Wirtschaft muß in vieler Hinsicht umdenken und umgewichten.*

- EU, Außengrenzen, Immigration: *Die EU muß die Hoheit über ihr Handeln zurückgewinnen, das sie in den letzten Jahren verloren hat. Bezüglich der Grenzsicherung nach aussen und Immigration hat sie sich überrollen lassen von einem absehbaren Problem, nämlich der ungerechten Verteilung von Ressourcen und Reichtum, und war eben weder hinsichtlich der gesetzlichen Richtlinien („Dublin“) noch bezüglich der Mentalität vorbereitet. Und bezüglich der Aufhebung der Grenzen nach innen („Schengen“) hatten die Nationalstaaten (noch?) nicht genug Vertrauen und haben also der eigenen, nationalstaatlichen Lösung den Vorzug gegeben. Da die Bevölkerungen der EU die „Vereinigten Staaten“ überwiegend ablehnen, ist dieses Problem wohl nicht lösbar, die EU nicht entwickelbar, das Ziel erreicht. Es braucht einen neuen Ansatz, eine neue Vision, eine erhebliche Änderung der Mentalität(en) (siehe auch oben: Finanzpolitik). Und da dies nicht erreichbar ist, wird man wohl mit dem jetzigen Zustand des „erst-mal-abschottens“ und dann später „ein-bißchen-solidarisch-seins“ sich abfinden müssen. Schade! Die EU hat erst dann wieder eine Chance, wenn sie sich beschränkt auf einige klassische Politikgebiete, die überstaatliche Verantwortung darstellen, und auf Dezentralisierung da, wo Politik besser „direkt am Menschen“ gestaltet werden kann.*

- Außenpolitik: *Das bedeutet allerdings auch, daß man seine Ziele bezüglich des Gewichts Europas in der Weltpolitik so lange begrenzen muß. „Soft power“, also die eigene systemische Überzeugungskraft durch Haltung, Charakter, menschenrechtliches und ökologisches Vorbild, Leistungsfähigkeit, etc, soll und darf nicht unterschätzt werden als Einflußfaktor. Aber wir verwechseln diese soft power allzu oft mit Dogmatismus und Kompromißunfähigkeit. Hinzu kommt, daß auch soft power durch „hard power“ ergänzt werden muß, insbesondere wenn man gegenüber den politischen „Bullies“ dieser Welt, den Diktatoren und Populisten, etwas erreichen will. „Europäische Ideen haben fast nie zu praktischen Fortschritten geführt. Die Vorstellung, Europa könne die Welt durch soft powers regieren, ist nicht realistisch“ und „die Anwendung der soft powers in der Außenpolitik der EU konnte nur in Verbindung mit den amerikanischen hard powers erfolgreich sein. Außenpolitik muss teilweise immer mit militärischen Mitteln gemacht werden“ - sagte John*

Kornblum, ehemaliger US-Diplomat und Botschafter in Berlin, und hat damit leider Recht.

- **Innenpolitik:** *Die Krise verlangt optimalen Ressourceneinsatz. Die strenge Trennung von Bundeswehr = Außeneinsatz und Polizei = Inneneinsatz ist derart veraltet (wenn auch historisch verständlich), daß sie abzuschaffen ist. Natürlich verlangt jede Krise heutzutage die Bündelung der Mittel zum Zwecke optimaler Zielerreichung. Daß private Dienste eine Ausgangsbeschränkung überwachen können, die Bundeswehr aber nicht, ist lächerlich; daß die Bundeswehr bestimmte Unterstützungsleistungen nur als „Katastrophenhilfe“ durchführen kann, ist albern. Die Bundeswehr sträubt sich nicht gegen „zivile Leitung“ bei Binneneinsätzen, aber sie kann materiell, personell und planerisch sowie in der Durchführung zu viel leisten, als daß man den künstlichen Unterschied aufrecht erhalten sollte. In anderen Ländern ist dies eine Selbstverständlichkeit.*

- **Gesellschaft:** *Die Menschenrechte sind ein Grundpfeiler unseres Zusammenlebens – innerhalb und außerhalb der EU. Sie stellen – wie übrigens auch die 10 Gebote – den gesellschaftlichen Frieden bei gleichzeitiger größtmöglicher Freiheit und bei gleichzeitigem größtmöglichem Schutz des Individuums vor staatlicher oder mehrheitlicher Willkür in den Mittelpunkt. Wir sollten sie wieder mehr unter dem Gemeinschaftsblickpunkt und weniger unter dem Individualgesichtspunkt begreifen (Anregung, nicht Diktat!). Wir sollten sie stärker als Verpflichtung als als Recht ansehen, mehr als Blick auf die eigene Umgebung als als Blick auf sich selbst.*